

«Äussere Souveränität wird immer noch als absolut verstanden»

Innenpolitisch dominiert in der Schweiz die Kooperation und das Problem der absoluten Souveränität ist gelöst. Aussenpolitisch fehlt diese Austarierung bis heute, zeigt Thomas Cottier in einem historischen Abriss zum Konzept der Souveränität.

Von Sarah Beyeler

Seit ihrer Begründung im späten 16. Jahrhundert diente die Souveränitätslehre der Wohlfahrt von Bürger:innen. Das war ihr ursprünglicher Sinn. «Wie kann sie heute diese Funktion in einer vernetzten Welt am besten wahrnehmen?», fragt **Prof. em. Dr. Thomas Cottier** zum Einstieg in die Veranstaltungsreihe «Schweiz: Souveränität neu denken».

Vom Absolutismus zur Volkssouveränität

Seit dem EWR-Nein 1992 sind etliche *aussenpolitische* Anliegen, etwa der Migrationspakt oder das Rahmenabkommen, an der Souveränität gescheitert. Historisch und geistesgeschichtlich betrachtet war Souveränität allerdings ein *innenpolitisches* Problem, betont Cottier.

Die Souveränitätslehre entstand im Zeitalter der Religionskriege im 16. und 17. Jahrhundert als Versuch, die Hoheitsgewalt des feudalen Fürsten auf den Staat zu übertragen und diesen zu stärken. Dies führte zum europäischen Absolutismus (*l'état c'est moi*), und zur Herausforderung, diesen innenpolitisch einzugrenzen. Theorien der Gewaltenteilung und des Rechtsstaats entstanden; der Föderalismus und die direkte Demokratie mit der Volkssouveränität entwickelten sich.

«Wer in der Schweiz souverän ist, interessiert längst nicht mehr, die Kooperation dominiert.»

«Heute ist innenpolitisch die Souveränität kein Problem mehr. Wir haben eine gewaltenteilige Gesellschaft, niemand ist oberster Herr in diesem Land», sagt Cottier und fährt fort «interessanterweise haben wir diese Austarierung der Gewalt aussenpolitisch nicht».

Emotionaler Wert der Souveränität gegen Aussen

Das Problem liegt heute ausschliesslich in der äusseren Souveränität, die in der Schweiz immer noch als absolut verstanden und thematisiert wird. Denn Souveränität wird als Attribut der Schweiz wahrgenommen (wie auch die Neutralität), ungeachtet des sich stark veränderten Umfelds mit der europäischen Integration, einer globalisierten Wirtschaft und geopolitischen Spannungen. Rechtlich könnte sie problemlos durch Verträge eingeschränkt werden, «das Problem ist vielmehr politisch: Will man sie einschränken?», so Cottier. Wie viel Souveränität gewinnt man durch, wie viel verliert man ohne Mitsprache? Es gibt keine Institutionen, welche die Souveränität gegen Aussen kontrollieren, und dort, wo es Ansätze gäbe (EU, UNO, ...) wird immer sofort das Souveränitätsargument entgegengesetzt.

«Es sind haargenau die gleichen Probleme, welche die Kantone diskutiert haben, als es nach dem Sonderbundkrieg darum ging, Kompetenzen an den Bund zu übertragen.» Wie damals in der Innenpolitik müssen wir hier neue Antworten finden und die Souveränität neu denken, fordert er.

Rational geht es um die Frage, auf welcher Regierungsstufe Probleme angegangen werden müssen, damit sie am besten geregelt werden. «Demgegenüber steht der emotionale Wert der Souveränität, der immer wieder ins Feld geführt und politisch bewirtschaftet wird», schliesst Cottier.